



# PoIdi

KPÖ - PolitikDirekt in die Leopoldstadt

Wiener Wahlen am 10. Oktober 2010:

## Deine kritische Stimme im Bezirk: KPÖ.



*Die AktivistInnen von KPÖ Leopoldstadt und PolitikDirekt in die Leopoldstadt treten für einen echten Politikwechsel ein: Mehr Demokratie und mehr Rechte für die Menschen in der Stadt und im Bezirk statt Privilegien und Millionen für die großen Profiteure und Abkassierer; denn: Die Leopoldstadt gehört uns allen!*

**Wohnen:**

**Die Vertreibungen haben schon begonnen**  
s. 2

**Essen:**

**Überlebensstrategie "Containern"**  
s. 5

**Wählen:**

**Die KandidatInnen der KPÖ Leopoldstadt**  
s. 7

## Editorial

# Liebe Leserinnen und Leser!

Schlacht um Wien? Nein, die Lügenbarone sind wieder unterwegs! Laut Winston Churchill sind nur jene Statistiken gut, die man selbst gefälscht hat. So sehe ich die vom Rathaus in letzter Zeit veröffentlichten Meldungen, die uns einreden sollen, dass in unserer Stadt alles bestens ist.

Wahlen werden von den Großparteien als millionenteure Ablenkungsmanöver inszeniert. Es gibt keine Tabus mehr vor noch so dicken Lügen und keine Scheu vor gebrochenen Versprechen. Da entdeckt die SPÖ plötzlich ihre Sorge für den Sozialstaat und für die notwendige Umverteilung "von Oben nach Unten". Wir glauben das dieser SPÖ nicht mehr!

Die ÖVP hat Angst um ihre Reichen, Schönen und Mächtigen. Die FPÖ verbreitet rassistische Hetze und will die ArbeitnehmerInnen spalten. Und die Spitze der Grünen will Macht um jeden Preis, wie die Streitereien in Mariahilf und der Josefstadt zeigen.

Warum das Leben im 2. Bezirk immer teurer wird, zeigt Doris Schlager in dieser Ausgabe. Gerald Grassl geht dem verbreiteten Märchen von der "verlorenen Stimme" nach und Michael Ortner stellt Ideen für den öffentlichen Verkehr vor. Über die wachsende Armut einerseits und über die Verschwendung andererseits berichtet Michaela Zorn und Melina Klaus erklärt das Konzept für die Energiegrundsicherung.

Außerdem stellen wir Ihnen unsere KandidatInnen für die Leopoldstadt vor: Wir treten bei dieser Wahl gegen Korruption und Selbstbereicherung, gegen die Politik der Lügen, des Chaos, der Krise und des politisch geförderten Rassismus ein. Wir meinen, dass ein *Politikwechsel* dringend notwendig ist!

Wir laden Sie zum heurigen *Volksstimmefest* am 4./5. September auf der Jesuitenwiese im Prater ein. Die KPÖ-Leopoldstadt und Poldi sind dabei und stehen Ihnen gerne für Gespräche zur Verfügung. Ich selbst biete zusätzlich MieterInnenberatung an, und zwar an beiden Tagen zwischen 14 und 16 Uhr beim Stand "Zentrum Donau" der KPÖ. Auf der letzten Seite finden Sie abschließend einen Hinweis auf das Programm zum antirassistischen Aktionsmonat, der heuer mit zahlreichen Veranstaltungen in mehreren Bezirken Wiens stattfindet.

**Ihr KPÖ-Bezirksrat Josef Iraschko  
und das Poldi-Team.**

Email: [mieterselbsthilfe@kpoe.at](mailto:mieterselbsthilfe@kpoe.at)



KPÖ-Bezirksrat Josef Iraschko  
(Foto: Martin Juen)

## Stuwerviertel

# Die Vertreibungen haben schon begonnen

von Doris Schlager

**Dem Stuwerviertel wird eine große Zukunft vorausgesagt. In dem typischen Gründerzeitviertel wird aufgewertet, was das Zeug hält. Bezirksvorsteher Kubik, Stadtrat Ludwig, die Leopoldstädter ÖVP, sie alle kommen aus dem Sich-Selber-auf-die-Schulterklopfen gar nicht mehr heraus.**

Die U2-Verlängerung, die Neugestaltung des Max-Winter-Platzes, der Umbau des Nordbahnhofes und die Neuerrichtung von Genossenschaftswohnungen - Gemeinde und Bezirk machen viel Geld locker, um diese Aufwertung zu erreichen. Das ehemalige Schmutzkind der Leopoldstadt verwandelt sich in einen hippen Bobo-Bezirk. Schon jetzt steigen die Mieten dort so schnell wie in keinem anderen Viertel in Wien.

Solche Aufwertungen, von StadtforscherInnen Gentrifizierung genannt, verlaufen vor allem im angloamerikanischen Raum mit erschreckender Brutalität. Ganze Häuserzeilen und Viertel werden von Spekulanten aufgekauft, die ehemaligen MieterInnen vertrieben und durch kaufkräftigeres Publikum ersetzt. Danach werden die Häuser wieder mit enormen Gewinnen verkauft.

Auch im Stuwerviertel ist in der ersten Welle der Gentrifizierung ein Zuzug von KünstlerInnen und StudentInnen zu verzeichnen. Die Rasananz, mit der sich dieser Austausch vollzieht, lässt

ihn den Medien als Musterbeispiel einer Gentrifizierung erscheinen. Da aber auch diese ersten NeubewohnerInnen selten mit einem dicken Geldbörstel gesegnet sind, müssen auch sie das Viertel relativ rasch wieder verlassen.

**Höhere Mieten für mehr Profit**

Im Gegenteil zu den üblichen Erklärungen führt Neil Smith in seiner "Mietlückentheorie" das Interesse eines Investors, Mietobjekte zu sanieren, ausschließlich auf die Lücke, die zwischen dem derzeitigen und dem erzielbaren Mietzins klappt, zurück. Angeblich fehle aber wegen des angeblich so guten Mietrechts hierzulande die aus New York und London bekannte Brutalität. Die Erfahrungen des KPÖ-Bezirksrates und Leiters des MieterSelbsthilfeZentrums Josef Iraschko sind jedoch andere.

Eine "Mietlücke" ist in Österreich 1994 durch den Übergang von gesetzlich festgelegten Mieten zu den sogenannten Richtwertmieten entstanden, deren zulässige Höhe im Gesetz gefährlich ungenau definiert wird. Alleine durch die Vertreibung der AltmietlerInnen kann eine Mietzinssteigerung von mehreren Euro/m<sup>2</sup> erzielt werden. Dass der Kündigungsschutz durch die Befristungsmöglichkeiten unterlaufen werden kann, tut sein Übriges. ►

## Der Druck auf die MieterInnen steigt

In mit Steuergeldern aufgewerteten Vierteln gehen die Spekulanten mit allen Mitteln gegen die AltmietlerInnen vor. Der Hinweis auf die – von anderen bezahlte – gute Lage rechtfertigt enorme Extraprofite. Sie haben dabei im Stuwerviertel mit dem bekannt unterdurchschnittlichen Einkommen der BewohnerInnen ein leichtes Spiel. Ein soziales Netz, das immer reißt, wenn es gebraucht wird, führt schnell zu Mietzinsschulden.

Überdies sind die Lügen und Drohungen der neuen Ei-

gentümerInnen und Hausverwaltungen bei Menschen mit geringem Einkommen besonders wirksam. "Beliebt" sind die wahrheitswidrigen Behauptungen, der Vermieter könne die Miete nach der Sanierung ohne weiteres verdreifachen oder die neuen EigentümerInnen könnten ohne Umschweife Eigenbedarf anmelden. Wenn alles nichts hilft, werden auch gerne einmal 5-stellige Beträge für die Aufgabe der Mietrechte angeboten.

Es ist offensichtlich, dass die Investitionen der Gemeinde Wien in benachteiligte Stadtviertel wie das Stuwerviertel, aber auch am Gürtel



Vom "billigen Viertel" zum geschneiegelten Kreativbezirk. Die Folge: Wer zu arm ist, um mit den steigenden Mieten mithalten zu können, muss gehen. (Foto: Peter Gugerell)

oder beim Brunnenmarkt, nicht den dort lebenden MieterInnen zu Gute kommen. Das Geld landet fast ohne Umwege in den Taschen der VermieterInnen. ■

**Rat und Hilfe bei Wohnungsproblemen aller Art bietet das MieterSelbsthilfeZentrum: [mieterselbsthilfe@kpoe.at](mailto:mieterselbsthilfe@kpoe.at) bzw. 01/480 88 83.**

# Josef Iraschko im Gespräch "Wir brauchen einen Politikwechsel"

Seit 2005 ist Josef Iraschko Bezirksrat in Wien Leopoldstadt. Die KPÖ konnte sich vor fünf Jahren in Wiens zweitem Bezirk mit 1,93% der Stimmen nahezu verdoppeln und fährt dort bei jeder Wahl seither ausgesprochen gute Ergebnisse ein.

Der Wahlerfolg kam nicht unverdient. Weit über die Bezirksgrenzen hinaus hat sich Josef Iraschko einen Namen als kompetenter Berater bei allen Problemen rund um das Wohnen gemacht. Und wenn andere Sozialeinrichtungen nicht mehr weiterwissen, schicken sie die Menschen immer öfter zu den Kommunisten. In Iraschkos Mieterselbsthilfezentrum erhalten alle rechtliche Unterstützung, und zwar kostenlos: bei nicht gerechtfertigten Kündigungen, sowie bei überhöhten Mietzinsen und Betriebskosten. "Die Anfragen zu Wohnproblemen im 2. Bezirk haben sich in den letzten Jahren dramatisch erhöht. Viele Menschen sind in ihrer Existenz bedroht", er-



klärt Josef Iraschko. "Um hier effektiv gegenzusteuern, wäre die Wiederaufnahme des kommunalen Wohnbaus mit leistbaren Wohnungen das Wichtigste."

Bezirkspolitisch will Josef Iraschko auf die außerparlamentarische Arbeit keinesfalls verzichten, im Gegenteil. Angesichts einer absoluten SPÖ-Mehrheit und eines prinzipiellen Konsenses aller anderen Parteien steht es gegen die KPÖ zumeist 59:1. "In der Bezirksvertretung geht es schon lange nicht mehr darum, irgendetwas von diesen Par-

teifunktionärInnen von etwas zu überzeugen. Die gehen mit ihrer vorgegebenen Linie da hinein. Anträge der Opposition schmettert die SPÖ aus formalen Gründen automatisch ab. Das ist demokratiepolitisch bedenklich."

Dennoch ist es gelungen, immer wieder Themen einzubringen, die ohne KPÖ unerwähnt geblieben wären: So kostete der am Nordbahnhofgelände neu errichtete Rudolf-Bednar-Park 11 Millionen Euro – aus Steuergeldern. Einziger Zweck: Die Aufwertung von Neubauten, die mehrere private Wohnbaugesellschaften dort profitabel aus dem Boden stampften. Josef Iraschko protestierte dagegen ebenso wie gegen den Ausverkauf öffentlicher Flächen im Bezirk: Donaukanal, Augartenspitze und Prater.

Als einziger Bezirksrat schwieg er nicht zu den rassistischen und antisemitischen Anspielungen der FPÖ. Einstimmig wurde in der Bezirksvertretung sein Antrag gegen Rassismus in der

Leopoldstadt angenommen und an die Kulturkommission verwiesen. "Mehr ist dann nicht passiert. Wir haben nicht aufgegeben und dann gemeinsam mit den Grünen eine BürgerInneninitiative unterstützt, die heuer bereits zum zweiten Mal einen antirassistischen Aktionsmonat durchführt und für dieses Thema ein Bewusstsein im Bezirk schafft."

Für die Wahl am 10. Oktober ist Josef Iraschko gerüstet. Die Basis an politischen AktivistInnen im Umfeld der Leopoldstädter KPÖ ist breit und gut vernetzt und das Programm ist klar: "Die Leopoldstadt braucht Druck von Links, es braucht einen Politikwechsel. Die öffentlichen Freiräume müssen erhalten bleiben, das Wohnen wieder leistbar und die Armut verhindert werden. Es braucht gleiche Rechte für alle Menschen unabhängig von ihrer Herkunft. Diese Themen und Positionen greift außer uns niemand auf." ■

# Öffentlicher Verkehr Mehr S-Bahn für die Leopoldstadt

von Michael Ortner

Eine S45-Verlängerung wurde im Laufe der Jahrzehnte oftmals angedacht. Ende der 1980er-Jahre waren zwei Varianten im Gespräch. Eine Umsetzung lässt allerdings bis heute auf sich warten.

Dabei wäre die S45 vom Handelskai entweder über Praterkai zum Südbahnhof (Ost) oder über Kaiserebersdorf-Oberlaa-Meidling nach Hütteldorf verlängert worden (S-Bahn-Ring). Bis zur (später "abgewählten") Weltausstellung 1995 hätte eine der beiden Varianten errichtet werden sollen.

Zweimal gab es eine Testphase bis zur Reichsbrücke: In den 80er-Jahren wurde während eines Donauinselfestes (leider nur einmalig) jeder zweite Zug der S45 von der damaligen Endstation Floridsdorfer Brücke bis zur Reichsbrücke verlängert, wo ein provisorischer Schotterbahnsteig errichtet worden war.

Anlässlich einer Talent-Zugtaufe gab es vor etwa zwei Jahren ein SPÖ-Fest, bei dem jeder zweite Zug vom Handelskai weiter bis zur Reichsbrücke fuhr. Eine solche Verbindung der S45 mit der U1 würde trotz eines längeren Umsteigeweges eine erhebliche Verbesserung für Fahrten von Transdanubien in den Nordwesten Wiens (und umgekehrt) darstellen. Außerdem ist der parallel fahrende 11A in diesem Bereich wegen seiner vielen Halte sehr langsam und meist so überfüllt, dass ein höherrangiges Verkehrsmittel hier durchaus gerechtfertigt ist (was auch die U1 auf ihrer Kernstrecke leicht entlasten könnte).

Gegenargumente zu einer Station bei der Reichsbrücke, wie ein langer Weg zur U1 Vorgartenstraße oder zu wenig Platz, um eine Station nach heutigen Standards zu bauen, liegen nahe. Doch eine nachhaltige Lösung für den öffentlichen Nahverkehr ist ihre Kosten mehrfach wert. Treppen und Rampen hinauf zu den Fußwegen der Reichsbrücke sowie ein Aufzug pro Bahnsteig sind machbar. Einzig der dortige PKW-Parkplatz müsste zu Gunsten des öffentlichen Verkehrs kleiner werden.

Die S45 kann im Zuge der U2-Verlängerung bis zur Station Praterkai, mit einer Anbindung an die S80, verlängert werden. Das ergibt bei der Station Donaumarina einen weiteren Umsteigeknoten und eine bessere und vor allem wesentlich schnellere Verbindung der Bezirke 2, 17, 18, 19 und 20 mit den Bezirken 21 und 22. Für die Station Donaumarina ist durch entsprechende An- und Umbauten eine S45 Einbindung relativ unproblematisch.

Fazit: Es ist sehr unbefriedigend, dass die S45 derzeit "mitten in der Stadt" endet, obwohl es eine bestehende weiterführende Strecke gibt. Als erster und schnell durchführbarer Schritt zum lange angedachten "Schnellbahnring" sollte die Verlängerung zum Praterkai raschest erfolgen. Die Tatsache, dass es bereits seit Jahrzehnten Planungen für eine solche Verlängerung gibt, macht die Realisierung eines solchen Verkehrsprojekts nur mehr zu einer Frage des politischen Willens. ■



## Der Nulltarif ist machbar:

**Eine Studie der E-Control fordert kostenlosen öffentlichen Verkehr als Maßnahme zum Klimaschutz.**

Ein ungewöhnlicher Vorschlag von Seiten der Wirtschaft: Die E-Control fordert aufgrund eigener Berechnungen den kostenlosen öffentlichen Verkehr für alle. Eine solche Maßnahme ist finanzierbar.

Bereits jetzt stammt nur ein kleiner Teil der Umsätze von privaten Kunden. Bereits jetzt werden 70 Prozent der Kosten für den

öffentlichen Verkehr indirekt aus Steuergeldern finanziert: jede/r ÖsterreicherIn zahlt statistisch rund 700 Euro jährlich, auch wenn er/sie „keinen Zug betritt“. (Die Presse)

Die KPÖ sieht sich in ihrer Forderung bestätigt: "Allen, die unsere Forderung nach Freifahrt auf den Öffis bisher als utopische Spinnerei abgetan haben, sollte das Ergebnis dieser E-Control-Studie zu denken geben", so Bezirksrat Josef Iraschko.

# Armut im Überfluss

## Überlebensstrategie: Containern

von Michaela Zorn

**Alle Menschen in Österreich könnten durch den erwirtschafteten Wohlstand ein würdiges Dasein führen. Doch es sind über eine Million Menschen in unserem Land von Armut betroffen, während an der Spitze der Gesellschaft wenige Vermögende immense Reichtümer besitzen.**

In der Leopoldstadt begegne ich der Armut täglich. Als Mindestpensionistin bin ich selbst betroffen. Mit Statistiken und Berechnungen wird uns erklärt, dass die neue Mindestsicherung ausreicht, um Leben zu können. Doch es ist ein Leben in der Ausgrenzung. Es gibt zwar soziale Einrichtungen und bestimmte Unterstützungen, aber über diese wird kaum informiert. Außer im Internet, doch auch dieses muss man sich leisten können. Und für jede Hilfe müssen sich Bedürftige zu Bittstellern erniedrigen.

Dass ich ein halbwegs normales Leben führen kann, ist

ein Zufall: Junge Studenten zeigten mir, wie das "Containern" funktioniert.

### Eine Notmaßnahme

Wir leben in einer Überflusgesellschaft, in der viel weggeworfen wird. Containern bedeutet nichts anderes, als diese weggeworfenen Produkte wieder aus dem Mistkübel zu holen. In Österreich stellt Containern prinzipiell keine Straftat dar, da Müll als "herrenlose Sache" gilt. Allerdings



Auf der Suche nach...

darf dabei selbstverständlich keine Sachbeschädigung (wie etwa das Aufbrechen von Schlössern) entstehen.

So versorge ich nicht nur mich selbst, sondern auch Freunde und Familien mit Kindern in unserem Haus. Für mich ist das Containern keine Lösung sondern eine reine Notmaßnahme. Denn über Armut wird in der Politik viel gesprochen, aber unternommen wird gegen sie nichts.

### Was macht die Politik gegen Armut?

2010 ist das "Europäische Jahr zur Bekämpfung von Armut und sozialer Ausgrenzung". Echte Strategien zur Armutsvermeidung sind aber auch bei noch so viel Eigenlob durch die Rathausmehrheit nicht erkennbar. Im Gegenteil! Die nächsten Belastungspakete werden während des Wahlkampfes noch verschwiegen oder abgestrit-



... einem gedeckten Tisch

ten. Spätestens ab 2011 werden Steuererhöhungen und Sozialabbau auch in der Leopoldstadt deutliche Spuren hinterlassen: das Wohnungselend wird aufgrund vermehrter Delogierungen zunehmen und eine noch größere Anzahl unserer MitbürgerInnen in die Armutsfalle gestoßen. Die Reichen und ihre Freunde in der Politik lassen es sich weiter gutgehen. Und es stimmt, was Bertolt Brecht einst schrieb: "Wär ich nicht arm, wärst du nicht reich." ■



*"Die Politiker reden immer vom Sparen. Leider kann ich da nicht mittun, ich hab grad genug zum Durchkommen und mir bleibt nichts zum Sparen."*

## Hintergrund

### Produkte werden im Supermarkt weggeworfen, weil:

- bestimmte Lebensmittel am nächsten Tag nicht mehr verkauft werden können.
- das Ablaufdatum erreicht ist (obwohl es sich meistens um ein Mindest-Haltbarkeitsdatum handelt).
- die Verpackung angekratzt, beschmiert oder beschädigt ist (ohne dass der Inhalt betroffen ist).
- die Verpackung beschädigt ist und der Inhalt unbeschädigt offenliegt.
- die Produktpalette ausgetauscht wurde; wenn bestimmte Produkte nicht mehr verkauft werden, werden sie völlig unbeschädigt weggeworfen.
- Obst und Gemüse Druckstellen hat oder nicht mehr "schön" aussieht, obwohl es noch brauchbar ist (Selbst wenn es stellenweise nicht essbar ist, kann dies herausgeschnitten werden, was im Haushalt ohnehin gemacht wird).

### Überfluss landet oft wegen "Überkalkulation" im Mist:

Lebensmittel werden strikt durchgeplant und festgefahren geliefert. Das heißt, unsere Lebensmittelindustrie beruht auf einer Art Planwirtschafts-Konzept, welches aufgrund von Verbraucher-Marktanalysen ein wenig flexibel ist. Meistens wird überkalkuliert: lieber zuviel Lebensmittel beim Händler bestellen als zuwenig. Es wäre ja "peinlich", wenn der Kunde plötzlich sein Lieblingsprodukt nicht mehr kaufen kann, weil es gerade ausverkauft ist. So bleiben sehr viele Konsumgüter übrig, wenn die nächste planmäßige Bestellung kommt. Was nicht verkauft sondern überkalkuliert wurde, kommt in die Tonne.

(Quelle: Initiative gegen die Vernichtung von Lebensmitteln)

# Kommentar zur Wahl

## Meine Stimme ist nicht verloren

von Gerald Grassl

**Es gibt immer mehr Nicht- oder Weißwähler. Die Politiker der großen Parteien zeigen sich offiziell bestürzt über die "Politikverdrossenheit", obwohl sie dafür selbst verantwortlich sind.**

**N**ichtwählen signalisiert: "Macht doch, was ihr wollt – uns ist eh schon alles wurscht." Viele Politiker bedanken sich prompt für dieses Desinteresse: Korruption und Freunderlwirtschaft sind heute Alltag wie nie zuvor.

Was wäre, wenn die Arbeitslosen, die an der Armutsgrenze Lebenden, alle, die für weniger Lohn immer mehr arbeiten müssen, plötzlich die Kommunisten wählen, die dadurch mehr als 10 Prozent der Stimmen erhalten würden?

Wie rasch würde sich da die SPÖ wieder ihrer Wurzeln als ehemalige "Arbeiterpartei" besinnen. Und von ihrer verwaschenen Absichtspolitik, der nie konkrete Verbesserungen folgen, vielleicht doch wieder nach links, also auf die Seite der Nichtprivilegierten rücken?

Und die Grünen? An der Basis erlebt man auch bei ihnen engagierte Arbeit im Interesse der Lohnabhängigen und Arbeitslosen. Doch von der Parteispitze tönt es, dass "alternative Maßnahmen im Interesse der Wirtschaft" notwendig wären. Also auch eine unternehmerfreundliche Politik. Logisch, denn auch an der Spitze der Grünen stehen manche Söhne und Töchter aus

wohlhabenden Familien, die Gewinner des Wirtschaftsliberalismus sind.

Viele wählen aus taktischen Gründen SPÖ oder Grüne. Und nach der Wahl sind sie immer wieder enttäuscht, weil sich wieder nichts Wesentliches zugunsten der Armen und Lohnabhängigen geändert hat. Wem bewusst ist, dass eine linke Politik die Voraussetzung für Veränderungen ist, der muss auch links wählen! Und das ist die KPÖ.

"Aber ist das nicht erst recht eine verlorene Stimme?" Nein. Überall dort, wo die Kommunisten tatsächlich zulegen konnten, veränderte sich auch die Politik der anderen Parteien: Die Folge: Es wurden die fortschrittlichen

Leute in diesen Parteien gestärkt. Wenn die KPÖ sogar Bezirks-, Gemeinde- oder wie in der Steiermark Stadträte und Landtagsabgeordnete stellt, ist das ein Gewinn für die Politik.

Kommunisten in Bezirksamtsgruppen können natürlich keine plötzlichen, radikalen Änderungen bewirken, die wir uns in unserer Ungeduld und Frustration wünschen. Aber die KPÖ schaut den anderen auf die Finger. Damit wir draußen wissen, was "drinnen" vorgeht. Nur so können wir Widerstand leisten gegen den Unsinn, den wir immer geschluckt haben.

Wessen Herz links schlägt, kann daher nur KPÖ wählen. Was sonst? ■

## Revolution bei Gas und Strom

### Energiegrundsicherung für alle

von Melina Klaus

**Seit dem Jahr 2000 sind die Energiekosten um mehr als 20 Prozent gestiegen. Bei Haushalten mit weniger als 900 Euro Einkommen machen die Wohn- und Heizkosten bereits 37 Prozent des monatlichen Gesamtbudgets aus.**

**W**ährend die Gewinne der Energiekonzerne wachsen, sehen sich mehr und mehr Haushalte mit der Abschaltung ihrer Energiezufuhr konfrontiert. "Leistungsunterbrechung" heißt das, wenn das Gas, der Strom, die Fernwärme abgedreht werden, ohne Rücksicht auf die Betroffenen. Für das "Wieder-Aufdrehen" werden dann extra Gebühren verrechnet.

Diese Praxis muss verhindert werden!

Vor dem Hintergrund der Menschenrechtserklärung der UNO, nach der Wohnen ein Grundrecht für alle ist, konkretisiert die KPÖ ihr Konzept der Energiegrundsicherung. Deren Ziel ist, dass keinem Menschen der Strom oder die Heizung abgedreht wird und er/sie damit Finsternis und Kälte ausgesetzt ist. Jedem Haushalt wird ein kostenloser Grundbezug an Energie ermöglicht. Das sind im Jahr etwa 2.200 kWh Strom und 800 m<sup>3</sup> Gas für einen 60 m<sup>2</sup> Haushalt mit zwei Personen.

Dieses Kontingent ist allen Haushalten als Rechtsanspruch zur Verfügung zu stellen und darf an keine bürokratischen Hürden geknüpft werden. Im Sinne der sozialen und ökologischen

Nachhaltigkeit soll der über die Grundsicherung hinausgehende Energieverbrauch vom Preis her progressiv gestaltet werden. Derzeit ist die Situation umgekehrt: Kleine Haushalte werden mit hohen Grundgebühren zur Kasse gebeten, während Großverbraucher belohnt werden.

Die Finanzierung der Energiegrundsicherung soll über die teilweise Abschöpfung der Profite der Energieunternehmen sowie über eine gerechte Steuerpolitik erfolgen, also eine stärkere Besteuerung der Gewinne von Konzernen. Österreich zählt zu den reichsten Ländern der OECD – die Finanzierung der Energiegrundsicherung ist machbar.

Eine Energiegrundsicherung ist sozial, weil sie für alle Menschen eine lebensnotwendige Ressource sichert. Und sie ist ökologisch, denn das Konzept birgt auch einen umsichtigen Umgang mit Energie. Was vom kostenlosen Sockelkontingent nicht "verbraucht" wird, würde in Form einer Gutschrift ausbezahlt. Energiesparen würde sich auszahlen.

Dass diese Idee sich mit der Privatisierung der Energiewirtschaft und den Interessen von AktionärInnen nicht vereinbaren lässt, liegt auf der Hand. Das Konzept der Energiegrundsicherung ist ganz deutlich ein ökologisches und sozial gerechtes Kontrastprogramm zu Liberalisierung und Belastungen. ■

# KPÖ-Leopoldstadt und PolDi

## Unsere KandidatInnen für den Bezirk



**< Josef Iraschko, geb. 1942, Mieterberater.**

*"Als Bezirksrat trete ich gerne wieder als Spitzenkandidat für die KPÖ (KommunistInnen und PolDi - PolitikDirekt in die Leopoldstadt) an: Gegen die Parteien des Chaos, der Krise, der Korruption und des Rassismus. Ich kämpfe für einen POLITIKWECHSEL."*

**Mag.a Melina Klaus, geb. 1968, Angestellte. >**

*"Was alle brauchen, muss allen gehören! Es gibt viele Möglichkeiten, Armut und soziale Ausgrenzung zu verhindern. Grundlage ist, dass man den Kapitalismus beim Namen nennt. Soziale Gerechtigkeit und Umverteilung des Reichtums sind unsere zentralen Forderungen."*



**< Michael Ortner, geb. 1962, Angestellter.**

*"In Zeiten zunehmender sozialer Ungerechtigkeit finde ich es wichtig, die KPÖ zu unterstützen, die sich ehrlich für die Menschen und auch für gerechte Verteilung einsetzt. Die Menschen sollen wieder wichtiger als Kapitalwachstum sein."*

**Doris Schlager, geb. 1961, Mieterberaterin >**

*"Bei der heutigen Produktivität wäre es ein Leichtes, allen Menschen in Wien, in Österreich und der ganzen Welt ein würdiges Leben ohne Armut zu ermöglichen - vorausgesetzt wir verteilen die Reichtümer gerecht. Dafür kämpfe ich in und mit der KPÖ."*



**< Patrick Kaiser, geb. 1977, Dipl. Krankenpfleger**

*"Eine Stimme links der sozialen Ungerechtigkeiten und der etablierten Parteien ist notwendig. Ich bin gegen die Demokratie einer elitären Minderheit und für die Demokratie der Mehrheit!"*

**Viktoria Klaus, geb. 1945, Angestellte >**

*"Ich kandidiere, weil ich die politische Landschaft zum Positiveren verändern will. Rassismus, soziale Ausgrenzung und Armut haben in einer modernen Gesellschaft nichts verloren! Mir ist es wichtig, an einer solchen Gesellschaft mitzubauen."*



**< Gerald Grassl, geb. 1953, Journalist**

*"Der Philosoph Plutarch erkannte, dass Menschen nur deshalb Unrecht ertragen, weil sie nicht gelernt haben, eine einzige Silbe laut auszusprechen: Nein! - Ich bin überzeugt: Ja! Vieles kann verändert werden: Gegen Armut, Alltagsrassismus, Wohnungsnot."*

**Hermine Katzer, geb. 1955, Pensionistin >**

*"Armut ist das Produkt eines komplexen sozialen, politischen und ökonomischen Prozesses in unserer Gesellschaft. Armut verhindert den Zugang zur gesellschaftlichen 'Mitte' und zu Bildung, Gesundheit und Kultur. Wer Armut bekämpfen will, wählt KPÖ."*



### Gestatten, mein Name ist PolDi!



*Es gibt vieles, das schief läuft in unserer Gesellschaft. In Deiner Stimme steckt die Chance, dass sich doch etwas verändert. Wir stehen dafür, dass jede/r gefördert und abgesichert wird. Je nach seinen/ihren Fähigkeiten und Bedürfnissen. In einer solidarischen Gesellschaft.*

*Damit ein besseres Leben möglich ist.*

*P.S.: In Deinem Bezirk kannst Du auch wählen, wenn Du EU-Bürger/in bist und hier wohnst. Gerade im Bezirk werden viele Dinge entschieden, die Dich direkt betreffen! Pfauch! - Euer PolDi-Drache*

# KPÖ Leopoldstadt & Freunde

## Termine & Aktionen

### Stammtische der KPÖ Leopoldstadt

Die KPÖ Leopoldstadt trifft sich regelmäßig im Café Sperlhof, Große Sperlgasse 41, 1020 Wien. Wir diskutieren aktuelle politische Themen und planen unsere Aktivitäten bis zur Bezirksratswahl 2010. Gäste und InteressentInnen sind stets herzlich willkommen! Beginn jeweils um 18.30 Uhr.

**30. August 2010**

**13. September 2010**

**27. September 2010**

**18. Oktober 2010**

### Volksstimmefest: 4./5. September 2010

Das 64. Volksstimmefest findet auf der Jesuitenwiese im Prater statt. Auf vier Bühnen spielen u.a. der Habana Son Club aus Kuba, Sigi Maron, Manuel Normal, Sterzinger Experience und Kommando Elefant. Viele politische Initiativstände, die Lesung "Linkes Wort", ein buntes Kinderprogramm und Gastronomie aus aller Welt machen "Wiens schönstes Fest" einzigartig.

**Programm und Info:**  
[www.volksstimmefest.at](http://www.volksstimmefest.at)

# MSZ

### MieterSelbsthilfeZentrum

- kostenlose Mietrechtsberatung
- Rechtshilfefonds für einkommensschwache MieterInnen
- Schulungskurse im Mietrecht

Kontakt:

Wien 9., Liechtensteinstraße 123/20

Telefon: 01/480 88 83

Email: [mieterselbsthilfe@kpoe.at](mailto:mieterselbsthilfe@kpoe.at)

URL <http://mieterselbsthilfe.kpoe.at>

[www.rassismussfreiezone.at](http://www.rassismussfreiezone.at)

## Rassismussfreie ZoneN

**10. September bis 10. Oktober 2010**

Nach einer Aktionswoche im Vorjahr findet heuer ein Veranstaltungsmonat "Rassismussfreie ZoneN" statt, in dessen Rahmen Rassismus und Fremdenfeindlichkeit in zahlreichen Veranstaltungen diskutiert werden. Auf folgende Highlights möchten wir hinweisen:

### 10.9., Karmeliterplatz: Eröffnung und Aktionstag.

Alle beteiligten Initiativen stellen sich vor und präsentieren das Programm des Aktionsmonats. Rahmenprogramm mit Musik, Antirassistischem Millionenquiz und Podiumsdiskussion zum Thema Rassismus. Programm von 11 bis 18 Uhr!

### 15.9., Diskussion: Ausländer im Gemeindebau?

Offene Diskussionsrunde über Strategien gegen Dummheit und Desinformation. Gasthaus Sudy, Schüttelstraße 5, 1020 Wien. Beginn: 19 Uhr.

### 30.9., Bertolt Brecht: "Flüchtlingsgespräche".

Lesung mit Dieter Haspel und Hannes Hawlicek. Café Einfahrt, Haidgasse 3, 1020 Wien. Beginn: 19 Uhr.

### 8.10., Melina Klaus im Gespräch mit Ute Bock und Karin Klaric.

Melina Klaus spricht mit Ute Bock und der Rechtsberaterin Karin Klaric über die Situation von Asylsuchenden in Österreich. Café Einfahrt, Haidgasse 3, 1020 Wien. Beginn: 19 Uhr.

**Alle Veranstaltungen und Termine finden Sie im Internet unter**

**<http://www.rassismussfreiezone.at>!**

## Ja, ich will Poldi!

Bitte ankreuzen:

- Schickt mir die Poldi-Ausgaben gratis zu!
- Nehmt mich in euren Email-Verteiler auf!
- Ich bestelle ein Volksstimmefest-Abo!
- Ich möchte aktiv werden, ruft mich an!



Vorname: \_\_\_\_\_

Name: \_\_\_\_\_

Straße: \_\_\_\_\_

PLZ/Ort: \_\_\_\_\_

Email: \_\_\_\_\_

Tel.: \_\_\_\_\_

Abschnitt einsenden an: KPÖ Leopoldstadt/Poldi, z.H. Josef Iraschko, Nestroyplatz 1, 1020 Wien oder per Email an [poldi@leopoldstadt.net](mailto:poldi@leopoldstadt.net)

### Jetzt Poldi unterstützen!

Kto.: 00604217604 BLZ 12000, Zweck: "Poldi-Spende"

Das Poldi-Team dankt für alle bisherigen Spenden!